



Internetportal hilft beim Wiedereinstieg in den Beruf

Besucherinnen der Website **frauennetz-aktiv.de** können sich ab sofort noch besser über Themen wie Familie und Beruf, Wiedereinstieg, Arbeit, Weiterbildung, Digitalisierung der Arbeitswelt, Karriere, Selbständigkeit und vieles mehr informieren. Das Internetportal ist Mitte März mit neuem Gesicht an den Start gegangen, nachdem es in den vergangenen Wochen an die sich verändernde Arbeitswelt 4.0 angepasst wurde.

„In der sich zunehmend verändernden Arbeitswelt 4.0 in Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung müssen Frauen stets entsprechende Informationsangebote haben. Für Einsteigerinnen und Wiedereinsteigerinnen bietet diese Homepage erste Orientierung unter anderem zu Veranstaltungen und Angeboten der örtlichen Arbeitsagenturen und Jobcenter im Hinblick auf den mittelfristigen Wiedereinstieg ins Berufsleben“, weiß Heidrun Schulz, Vorsitzende der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, die gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Frauenministerium und dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz dieses Projekt seit vielen Jahren betreibt.

„Frauen nach Familienphasen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen, um damit einen wichtigen Beitrag zur Gleichberechtigung in der Arbeitswelt und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten, ist und bleibt ein wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag“, erklärt Ministerin Anne Spiegel zu dem Relaunch der Homepage **frauennetz-aktiv.de**.

Das Internetportal richtet sich an Frauen, die nach längerer Familienphase einen Wiedereinstieg in den Beruf planen. Auf dieser Plattform können Informationen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Aus- und Weiterbildung, den Schritt in die Selbständigkeit und über das Thema Beschäftigung sowie die neu eingeführte „Lebensbegleitende Berufsberatung“ der Bundesagentur für Arbeit abgerufen werden.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Zahl der Pendler in und aus RLP wächst weiter

VERKEHR: Besonders Fachkräfte mit Berufsausbildung arbeiten entfernt vom eigenen Wohnort

Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein Land der Berufspendler, das geht aus den jüngsten Zahlen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit hervor. Der Großteil der Pendlerbewegungen geht demnach auf Menschen mit einer Berufsausbildung zurück. Arbeitnehmer mit akademischer Bildung nehmen unter den Pendler nur weit abgeschlagen den zweiten Platz ein. Bei den Branchen führen dem entsprechend das verarbeitende Gewerbe und der Handel die Statistik der Pendler an.

Die Zahl der Einpendler nach Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Nach Angaben der Regionaldirektion pendelten im Juni 2018 – das sei der aktuellste Datenstand – rund 181.800 Arbeitnehmer ein. Das seien 4.000 Personen oder 2,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. In den letzten zehn Jahren war ein Anstieg um 48.900 Personen oder 36,8 Prozent zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist auch die Zahl der Auspendler aus Rheinland-Pfalz, also die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Rheinland-Pfalz leben, aber in anderen Bundesländern arbeiten, angestiegen. Zum Stichtag 30. Juni 2018 pendelten rund 323.500 Menschen aus Rheinland-Pfalz in andere Bundesländer aus. Dies waren 7.000 Personen oder 2,2 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Auspendler um 58.300 oder 22,0 Prozent zugenommen.

„Stellt man die Einpendler- und die Auspendlerzahlen gegenüber, so bildet sich eine zunehmende Dynamik ab: eine stetig zunehmende Zahl an Einpendlern trifft auf eine stetig zunehmende Zahl an Auspendlern. Die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt und Landesgrenzen stellen dabei keine Barriere mehr dar“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit. In Rheinland-Pfalz war der Pendlersaldo, der sich aus der Differenz von 181.800 Einpendlern und 323.500 Auspendlern ergibt, im Jahr 2018 negativ. Er betrug minus



Pendeln über den Rhein: die Theodor-Heuss-Brücke in Mainz

141.700 Personen. Ursache für diese hohe Auspendlerzahl seien die an Rheinland-Pfalz angrenzenden Wirtschaftsräume. Viele Beschäftigte mit Wohnort in Rheinland-Pfalz arbeiteten im Wirtschaftsraum Karlsruhe, in der Metropolregion Rhein-Neckar, im Raum Köln-Bonn, im Rhein-Main-Gebiet oder im Saarland beziehungsweise in Luxemburg.

Von den 181.800 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach Rheinland-Pfalz einpendelten, hatten 43.900 Personen eine akademische Ausbildung und 96.800 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ohne Berufsabschluss waren 20.900 Einpendler. Von den 323.500 Auspendlern hatten 70.400 Personen eine akademische

Ausbildung und 185.200 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ohne Berufsabschluss waren 36.500 Personen.

Bei den Einpendlern arbeiten 24,8 Prozent (45.100 Personen) im verarbeitenden Gewerbe. Auf den zweiten Platz mit 12,2 Prozent (22.100 Personen) kommt der Handel. 10,1 Prozent (18.300 Personen) sind im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen tätig. Ähnlich sieht es bei den Auspendlern aus: 21,0 Prozent (68.000 Personen) arbeiten im verarbeitenden Gewerbe, 13,2 Prozent (42.600 Personen) im Handel und 10,8 Prozent (34.800 Personen) im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **AS**

Schulen in RLP dürfen sich auf zirka 216 Millionen aus Digitalpakt freuen

NACHWUCHS: Geld soll in digitale Infrastruktur der Schulen investiert werden – fünf Prozent für landesweite Projekte

VON ANDREAS SCHRÖDER

Noch in 2019 könnten die ersten Gelder fließen. Rheinland-Pfalz erwartet in der Summe rund 241 Millionen Euro auf fünf Jahre verteilt. Das Geld stammt aus dem so genannten „Digitalpakt Schule“ zwischen dem Bund und den Ländern, der Ende Februar im Vermittlungsausschuss eine wichtige Hürde genommen hat und dem inzwischen auch Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben. 90 Prozent der insgesamt 5 Milliarden Euro, die der Bund deutschlandweit in die digitale Bildungsinfrastruktur der Länder pumpen möchte, können von den jeweiligen Schulträgern direkt für ihre Schulen beantragt werden – etwa für bessere W-LAN-Ausleuchtung oder mobile Endgeräte. Jeweils fünf Prozent der Mittel sind für landesweite und länderübergreifende Projekte vorgesehen. Denkbar wären hier etwa die Entwicklung

digitaler Lehr- und Lernplattformen, so die Landesregierung.

Für die Umsetzung des Digitalpakts ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig, denn laut Verfassung ist Bildung ausschließlich Sache der Bundesländer. Der vor dem Vermittlungsausschuss gefundene Kompromiss ist Bedingung dafür, dass der Bund die digitale Bildungsinfrastruktur an Schulen fördern darf.

Auch pädagogische Konzepte nötig

„Wir freuen uns, dass der Bund sich an der Finanzierung der digitalen Infrastruktur an den Schulen vor Ort beteiligt. Technik in die Schulen zu stellen und für W-LAN zu sorgen, das gehört dazu, ist aber nur ein Teil von dem, was wir unter digitaler Bildung verstehen. Auf den Schulhöfen, in den Klassenräumen und Lehrerzimmern brauchen wir nicht nur kompetente Nutzerinnen und Nutzer, sondern aktive Gestal-

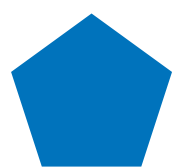
terinnen und Gestalter der digitalen Gegenwart und Zukunft. Die Länder müssen die pädagogischen Konzepte, die Inhalte der Lehrpläne und die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung im Blick behalten. Das ist Grundbedingung, wenn digitale Bildung mehr sein soll, als nur über das Tablet zu wischen“, erklärte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin D. Stefanie Hubig in Reaktion auf den Kompromiss.

„Schülerinnen und Schüler sind die Fachkräfte von morgen. Um sie fit zu machen für die Anforderungen der Digitalisierung und der Arbeitswelt, müssen unsere Schulen die technische Grundausstattung bekommen, um digitale Bildung zu vermitteln. Im Rahmen unserer Digitalstrategie fließen bereits seitens des Landes rund 34 Millionen Euro in die Digitale Bildung. Die gefundene Einigung zwischen dem Bund und den Ländern zum Digitalpakt ermöglicht es jetzt, Investitionen in die digitale

Bildungsinfrastruktur zu tätigen“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach einer Sitzung des Ovalen Tisches zur Fachkräftesicherung in der Staatskanzlei.

Förderrichtlinien werden erarbeitet

Die Förderungen werden nach den Vorgaben einer Richtlinie gewährt, die derzeit erarbeitet werde, teilte das rheinland-pfälzische Bildungsministerium mit. Eine Voraussetzung für die Beantragung von Mitteln aus dem Digitalpakt werde die Vorlage eines pädagogisch-technischen Konzepts jeder einzelnen Schule sein. Da in Rheinland-Pfalz zum Beispiel über das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ bereits digitale Bildungspolitik umgesetzt werde, verfügten nahezu alle weiterführenden Schulen im Land bereits über ein Medienkonzept, das im Zuge des Digitalpaktes dann von den Schulen aktualisiert werden müsse.



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

Verdienstmöglichkeit

Dauer

Anforderungen

Deine Ausbildung im Handwerk



© Serhii Kyrychenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.com/berufscheck

Zahl der Pendler in und aus RLP wächst weiter

VERKEHR: Besonders Fachkräfte mit Berufsausbildung arbeiten entfernt vom eigenen Wohnort

Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein Land der Berufspendler, das geht aus den jüngsten Zahlen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit hervor. Der Großteil der Pendlerbewegungen geht demnach auf Menschen mit einer Berufsausbildung zurück. Arbeitnehmer mit akademischer Bildung nehmen unter den Pendler nur weit abgeschlagen den zweiten Platz ein. Bei den Branchen führen dem entsprechend die verarbeitende Gewerbe und der Handel die Statistik der Pendler an.

Die Zahl der Einpendler nach Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Nach Angaben der Regionaldirektion pendelten im Juni 2018 – das sei der aktuellste Datenstand – rund 181.800 Arbeitnehmer ein. Das seien 4.000 Personen oder 2,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. In den letzten zehn Jahren war ein Anstieg um 48.900 Personen oder 36,8 Prozent zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist auch die Zahl der Auspendler aus Rheinland-Pfalz, also die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Rheinland-Pfalz leben, aber in anderen Bundesländern arbeiten, angestiegen. Zum Stichtag 30. Juni 2018 pendelten rund 323.500 Menschen aus Rheinland-Pfalz in andere Bundesländer aus. Dies waren 7.000 Personen oder 2,2 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Auspendler um 58.300 oder 22,0 Prozent zugenommen.

„Stellt man die Einpendler- und die Auspendlerzahlen gegenüber, so bildet sich eine zunehmende Dynamik ab: eine stetig zunehmende Zahl an Einpendlern trifft auf eine stetig zunehmende Zahl an Auspendlern. Die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt und Landesgrenzen stellen dabei keine Barriere mehr dar“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit. In Rheinland-Pfalz war der Pendlersaldo, der sich aus der Differenz von 181.800 Einpendlern und 323.500 Auspendlern ergibt, im Jahr 2018 negativ. Er betrug minus



Pendeln über den Rhein: die Theodor-Heuss-Brücke in Mainz

141.700 Personen. Ursache für diese hohe Auspendlerzahl seien die an Rheinland-Pfalz angrenzenden Wirtschaftsräume. Viele Beschäftigte mit Wohnort in Rheinland-Pfalz arbeiten im Wirtschaftsraum Karlsruhe, in der Metropolregion Rhein-Neckar, im Raum Köln-Bonn, im Rhein-Main-Gebiet oder im Saarland beziehungsweise in Luxemburg.

Von den 181.800 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach Rheinland-Pfalz einpendelten, hatten 43.900 Personen eine akademische Ausbildung und 96.800 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ohne Berufsabschluss waren 20.900 Einpendler. Von den 323.500 Auspendlern hatten 70.400 Personen eine akademische

Ausbildung und 185.200 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ohne Berufsabschluss waren 36.500 Personen.

Bei den Einpendlern arbeiten 24,8 Prozent (45.100 Personen) im verarbeitenden Gewerbe. Auf den zweiten Platz mit 12,2 Prozent (22.100 Personen) kommt der Handel. 10,1 Prozent (18.300 Personen) sind im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen tätig. Ähnlich sieht es bei den Auspendlern aus: 21,0 Prozent (68.000 Personen) arbeiten im verarbeitenden Gewerbe, 13,2 Prozent (42.600 Personen) im Handel und 10,8 Prozent (34.800 Personen) im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **AS**



Internetportal hilft beim Wiedereinstieg in den Beruf

Besucherinnen der Website **frauennetz-aktiv.de** können sich ab sofort noch besser über Themen wie Familie und Beruf, Wiedereinstieg, Arbeit, Weiterbildung, Digitalisierung der Arbeitswelt, Karriere, Selbständigkeit und vieles mehr informieren. Das Internetportal ist Mitte März mit neuem Gesicht an den Start gegangen, nachdem es in den vergangenen Wochen an die sich verändernde Arbeitswelt 4.0 angepasst wurde.

„In der sich zunehmend verändernden Arbeitswelt 4.0 in Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung müssen Frauen stets entsprechende Informationsangebote haben. Für Einsteigerinnen und Wiedereinsteigerinnen bietet diese Homepage erste Orientierung unter anderem zu Veranstaltungen und Angeboten der örtlichen Arbeitsagenturen und Jobcenter im Hinblick auf den mittelfristigen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben“, weiß Heidrun Schulz, Vorsitzende der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, die gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Frauenministerium und dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz dieses Projekt seit vielen Jahren betreibt.

„Frauen nach Familienphasen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen, um damit einen wichtigen Beitrag zur Gleichberechtigung in der Arbeitswelt und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten, ist und bleibt ein wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag“, erklärt Ministerin Anne Spiegel zu dem Relaunch der Homepage **frauennetz-aktiv.de**.

Das Internetportal richtet sich an Frauen, die nach längerer Familienphase einen Wiedereinstieg in den Beruf planen. Auf dieser Plattform können Informationen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Aus- und Weiterbildung, den Schritt in die Selbständigkeit und über das Thema Beschäftigung sowie die neu eingeführte „Lebensbegleitende Berufsberatung“ der Bundesagentur für Arbeit abgerufen werden.

Schulen in RLP dürfen sich auf zirka 216 Millionen aus Digitalpakt freuen

NACHWUCHS: Geld soll in digitale Infrastruktur der Schulen investiert werden – fünf Prozent für landesweite Projekte

VON ANDREAS SCHRÖDER

Noch in 2019 könnten die ersten Gelder fließen. Rheinland-Pfalz erwartet in der Summe rund 241 Millionen Euro auf fünf Jahre verteilt. Das Geld stammt aus dem so genannten „Digitalpakt Schule“ zwischen dem Bund und den Ländern, der Ende Februar im Vermittlungsausschuss eine wichtige Hürde genommen hat und dem inzwischen auch Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben. 90 Prozent der insgesamt 5 Milliarden Euro, die der Bund deutschlandweit in die digitale Bildungsinfrastruktur der Länder pumpen möchte, können von den jeweiligen Schulträgern direkt für ihre Schulen beantragt werden – etwa für bessere W-LAN-Ausleuchtung oder mobile Endgeräte. Jeweils fünf Prozent der Mittel sind für landesweite und länderübergreifende Projekte vorgesehen. Denkbar wären hier etwa die Entwicklung

digitaler Lehr- und Lernplattformen, so die Landesregierung.

Für die Umsetzung des Digitalpakts ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig, denn laut Verfassung ist Bildung ausschließlich Sache der Bundesländer. Der vor dem Vermittlungsausschuss gefundene Kompromiss ist Bedingung dafür, dass der Bund die digitale Bildungsinfrastruktur an Schulen fördern darf.

Auch pädagogische Konzepte nötig

„Wir freuen uns, dass der Bund sich an der Finanzierung der digitalen Infrastruktur an den Schulen vor Ort beteiligt. Technik in die Schulen zu stellen und für W-LAN zu sorgen, das gehört dazu, ist aber nur ein Teil von dem, was wir unter digitaler Bildung verstehen. Auf den Schulhöfen, in den Klassenräumen und Lehrerzimmern brauchen wir nicht nur kompetente Nutzerinnen und Nutzer, sondern aktive Gestal-

terinnen und Gestalter der digitalen Gegenwart und Zukunft. Die Länder müssen die pädagogischen Konzepte, die Inhalte der Lehrpläne und die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung im Blick behalten. Das ist Grundbedingung, wenn digitale Bildung mehr sein soll, als nur über das Tablet zu wischen“, erklärte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin D. Stefanie Hubig in Reaktion auf den Kompromiss.

„Schülerinnen und Schüler sind die Fachkräfte von morgen. Um sie fit zu machen für die Anforderungen der Digitalisierung und der Arbeitswelt, müssen unsere Schulen die technische Grundausstattung bekommen, um digitale Bildung zu vermitteln. Im Rahmen unserer Digitalstrategie fließen bereits seitens des Landes rund 34 Millionen Euro in die Digitale Bildung. Die gefundene Einigung zwischen dem Bund und den Ländern zum Digitalpakt ermöglicht es jetzt, Investitionen in die digitale

Bildungsinfrastruktur zu tätigen“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach einer Sitzung des Ovalen Tisches zur Fachkräftesicherung in der Staatskanzlei.

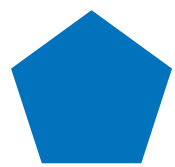
Förderlinien werden erarbeitet

Die Förderungen werden nach den Vorgaben einer Richtlinie gewährt, die derzeit erarbeitet werde, teilte das rheinland-pfälzische Bildungsministerium mit. Eine Voraussetzung für die Beantragung von Mitteln aus dem Digitalpakt werde die Vorlage eines pädagogisch-technischen Konzepts jeder einzelnen Schule sein. Da in Rheinland-Pfalz zum Beispiel über das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ bereits digitale Bildungspolitik umgesetzt werde, verfügten nahezu alle weiterführenden Schulen im Land bereits über ein Medienkonzept, das im Zuge des Digitalpaktes dann von den Schulen aktualisiert werden müsse.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

Verdienstmöglichkeit

Dauer

Anforderungen

Deine Ausbildung im Handwerk



© Serhii Kyrchenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.com/berufscheck